

Wirtschaft und Arbeit

1. Rot-Grüne Hinterlassenschaften

- Reales Wirtschaftswachstum viele Jahre lang unter dem Bundesdurchschnitt
- Selbständigenquote unterdurchschnittlich (Bund: 11%, NRW: 10%, RuhrG 8,7%)
- Hohe Zahl an Unternehmensinsolvenzen (2004: über 12.000)
- Über eine Millionen Arbeitslose

2. Ist-Zustand nach einem Jahr „Schwarz-Gelb“

Gute Stimmung in der Wirtschaft:

- ifo-Geschäftsklimaindex ist auf höchstem Stand seit Wiedervereinigungsboom
- Konsumklima-Index im April ist nur knapp unter Höchststand von April 1999
- Das Exportgeschäft läuft, positive Entwicklungen bei Einzelhandelsumsätzen (+3,1% Jan. 2006) und Auftragseingängen Industrie (+4% Jan.- 2006)
- Rückgang der Unternehmensinsolvenzen um über zehn Prozent!

3. Maßnahmen der Landesregierung

Neue Impulse in der Arbeitsmarktpolitik:

- Kombilohn-Modell für Langzeitarbeitslose
- Fortsetzung des Programms „Jugend in Arbeit Plus“ (2006: 7.000 Jugendliche)
- für das Ruhrgebiet: „JobTrainer“ für ALGII-Empfänger: 2006/2007 je 30 Mio. Euro; davon profitieren 10.000 Langzeitarbeitslose
- Intensivierung des Ausbildungskonsenses NRW (Werkstattjahr, 2. Berufsschultag; neue Berufsbilder für praktisch begabte Jugendliche)

Auflösung des Investitionsstaus:

- Kraftwerkerneuerungsprogramm (8. Mrd. Euro)
- Chemie-Pipeline Ruhrgebiet-Rheinland-niederländische Seehäfen)
- Mobilisierung Investitionen im Straßenbau/ städtebauliche Entwicklung

Förderung des Mittelstands:

- Bürokratieabbau (Übertragung Modellregion OWL auf ganz NRW; Reduzierung Statistikpflichten der Unternehmen; Aufhebung des Tariftreuegesetzes)
- Neue Fonds für Existenzgründer gemeinsam mit NRW.Bank (Hochschulgründungsfonds und Seed-Fonds für Technologie-Gründer)
- Bessere Gründungsberatung (Gründungsagenturen; Start der ersten Agenturen in Mülheim, Oberhausen, Essen diesen Sommer)
- Erhöhung Meistergründungsprämie (um 2 Mio. auf 6,1 Mio.)

4. Kurz gefasst:

Es ist gut, dass sich NRW beim Wirtschaftswachstum seit der Wahl in Richtung Bundestrend bewegt. Mittelfristig müssen wir aber über dem Durchschnitt liegen, wenn wir den Rückstand der vergangenen Jahre aufholen und zusätzliche Effekte auf dem Arbeitsmarkt erzeugen wollen.

Haushalt und Finanzen

Rot-Grüne Hinterlassenschaften

- 112 Mrd. Euro Schulden
- Allein von 1995 bis 2005 plus 47 Mrd. Euro
- Neuverschuldung 2005 auf Rekordniveau von 6,7 Mrd. Euro
 - Die ersten Haushaltsansätze zur Nettoneuverschuldung mussten in den letzten Jahren regelmäßig deutlich nach oben korrigiert werden:
 - 2003 von 3,77 auf 6,57 Mrd. Euro
 - 2004 von 5,15 auf 6,72 Mrd. Euro
 - 2005 von 3,76 auf 6,7 Mrd. Euro
- Urteil der Hartmann-Kommission: NRW ist an die Grenzen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit gelangt.

Ist-Zustand nach einem Jahr „Schwarz-Gelb“/ Maßnahmen der Landesregierung

- Nachtragshaushalte 2005: Schatten- und Nebenhaushalte beseitigt
- 2006: Nettoneuverschuldung sinkt auf 5,59 Mrd. Euro; Einsparvolumen von 2,5% bzw. 1,26 Mrd. Euro
- Abbau von 2.520 Stellen in der Landesverwaltung in 2006
- Investiver Schwerpunkt bei Kindern, Jugend, Bildung:
 - 2006 ist das Jahr des Kindes: Mehr als eine Viertelmilliarde oder 2% mehr als in 2005!
 - keine Kürzung beim Landesjugendplan (75 Mio. Euro); mehr Geld für die Träger in der offenen Jugendarbeit in Jugendzentren, die Arbeit der Jugendverbände und die kulturelle Jugendarbeit; weniger Geld für Einzelprojektförderungen (Verhältnis 80:20 statt bisher 60:40)
 - höhere Pro-Kopf-Förderung im Kindergartenbereich: gegenüber 2001 plus 158 Euro auf 1.487 Euro
 - Erhöhung der vorschulischen Sprachförderung von 8,1 auf 17,6 Mio. Euro
- Keine Kürzung bei Behinderten
- 19% mehr Mittel bei den Kulturfördermitteln

Nächste Schritte

- Nettoneuverschuldung sinkt in 2007 auf 5,1 Mrd. Euro; Einsparungen in Höhe von 690 Mio. Euro

Kurz gefasst:

- Der Haushaltsentwurf ist finanzpolitisch seriös, weil er auf realistischen und ehrlichen Annahmen zur Einnahmeentwicklung beruht.
- Der Haushaltsentwurf ist wirtschaftspolitisch produktiv, weil er gezielt dort investiert, wo die größten ökonomischen Effekte erzeugt werden (Infrastrukturen, Mittelstand, Innovationen).
- Der Haushaltsentwurf ist sozial gerecht, weil er bis auf ganz wenige Ausnahmen bei allen Förderprogrammen und Landesleistungsgesetzen bis zu 20 Prozent kürzt. Es sind alle betroffen, nur nicht die Schwächsten wie z.B. die Behinderten.

Hochschulen, Innovation und Forschung

Rot-Grüne Hinterlassenschaften

- Ausgaben für Forschung & Entwicklung lagen mit 1,8% deutlich unter Bundesdurchschnitt (2,6%) und Lissabon-Marke (3%)
- Nur knapp 1/5 aller Personen eines Bevölkerungsjahrgangs erwirbt einen Hochschulabschluss
- Mit 58 Hochschulen verfügt NRW zwar über eine der dichtesten Hochschullandschaften, aber nicht über eine der besten. Unbefriedigendes Abschneiden bei der Exzellenzinitiative von Bund und Ländern.

Ist-Zustand nach ein Jahr „Schwarz-Gelb“/ Maßnahmen der Landesregierung

- Studienbeitragsgesetz durchgesetzt:
 - potenziell 320 Mio. Euro mehr für Verbesserung der Studienbedingungen
 - sozialstes Modell in Deutschland („Geld-zurück-Garantie“; alle Studierenden haben Anrecht auf ein zinsgünstiges Darlehen, das sie erst nach einem erfolgreichen Berufseintritt und dann auch nur bei hinreichendem Einkommen zurückzahlen müssen. Bei den BAFÖG-Empfängern gelten feste Obergrenzen für ihre Rückzahlungsverpflichtungen)
- Hochschulfreiheitsgesetz auf den Weg gebracht
- Zukunftspakt für verlässliche Finanzierung der Hochschulen beschlossen (keine Kürzung der jährlichen Landesförderung in Höhe von 2,8 Mrd. Euro)
- Neue überregional bedeutsame Forschungsinstitute und größeres Engagement der Wirtschaft zeichnen sich ab:
 - Science-to-Business-Center der Degussa AG für weiße Biotechnologie in Marl (12 Mio. Euro Landesförderung)
 - Max-Planck-Institut für Molekularbiologie des Alters in Köln (30 Mio. Euro im HH 2006)
 - Erweiterung des Max-Planck-Zentrums für Systembiologie in Dortmund (37 Mio. Euro im HH 2006)
 - E.ON-Forschungsinstitut für Energie (Kooperation mit RWTH Aachen)
 - Werkstoffforschung: Kooperation ThyssenKrupp/Max-Planck-Zentrum für Eisenforschung in Düsseldorf
 - neue BioTech-Forschungsaktivitäten in Wuppertal mit Bayer AG

Nächste Schritte

- Verabschiedung Hochschulfreiheitsgesetz noch in diesem Jahr
- Weitere Gespräche mit Forschungsgemeinschaften und Wirtschaft über den Aufbau von zusätzlichen Forschungskapazitäten in NRW.
- Verabschiedung des Schulgesetzes zwecks Erhöhung der Studierfähigkeit unserer Schülerinnen und Schüler
- Stärkere Beteiligung NRWs am 7. EU-Rahmenprogramm für Forschung und Entwicklung.

Kurz gefasst

Bis 2015 machen wir NRW zum Innovationsland Nr. 1 in Deutschland. Wissenschaft und Forschung in unserem Land bringen alle Voraussetzungen dafür mit, um wieder dahin zu gelangen, wo sie hingehören: An die Spitze!

Schule

Rot-Grüne Hinterlassenschaften

- Ausgaben pro Schüler lagen in 2003 mit 4.300 Euro im Durchschnitt am untersten Ende des bundesdeutschen Rankings (Quelle: Statistisches Bundesamt)
- Unzureichendes Angebot an Ganztagsplätzen in Grund-, Haupt- und Förderschulen
- Hohe Quote an Sitzenbleibern (in den Hauptschulen 2005: 4,9 % bzw. 13.000 Hauptschüler)
- Jährlich scheitern rund 15.000 Schüler in ihrer Schule
- PISA: unterdurchschnittliches Abschneiden in allen Bereichen; Bildungserfolge hängen stark von sozialer Herkunft ab
- 5 Mio. Stunden Unterrichtsausfall

Ist-Zustand nach einem Jahr „Schwarz-Gelb“

Umfassende Schulreform auf den Weg gebracht.

- bessere individuelle Förderung z.B. durch Lernstudios in den Grundschulen
- mehr Durchlässigkeit (Möglichkeit zum Schulwechsel in jedem Schuljahr, im 5. und 6. Schuljahr sogar nach jedem Halbjahr)
- frühere Einschulung
- mehr Wettbewerb (Aufhebung Grundschulbezirke)
- Reform Oberstufe/ Stärkung der Allgemeinbildung

Schaffung zusätzlicher Lehrerstellen gegen Unterrichtsausfall

- Mit dem Haushalt 2006 Schaffung von 3.230 zusätzlichen Lehrerstellen

Mit Ausbau des Angebots an Ganztagsplätzen begonnen:

- in Grundschulen ab Schuljahr 2006/2007 insgesamt 110.000 Plätze bzw. 39.000 mehr als zum Schuljahr 2005/2006
- an den Hauptschulen werden seit dem 1.2.2006 14.000 neue Plätze geschaffen
- Zurücknahme der Kürzung bei der Ersatzschulförderung (15 Mio. Euro)
- Zurücknahme des integrierten Unterrichts der Naturwissenschaften zugunsten der Einzelfächer Chemie, Physik und Biologie in den Klassen 5 und 6
- Schul-TÜV zur Qualitätskontrolle der Schularbeit
- Zentrale Leistungsüberprüfungen am Ende der Jahrgangsstufe 10 ab dem nächsten Schuljahr
- In 2006 Erhöhung der frühkindlichen Sprachförderung in 2006 von 8,1 auf 17,6 Mio. Euro

Nächste Schritte

- Verabschiedung Schulgesetz
- Sprachtests im 4. Lebensjahr und verpflichtende Sprachkurse bei Defiziten
- Insgesamt 4.000 neue Lehrerstellen gegen Unterrichtsausfall bis 2010

- 200.000 Ganztagsplätze in Grundschulen bis 2010
- 50.000 Ganztagsplätze in Haupt- und Förderschulen bis 2012
- Kopftuchverbot in Schulen

Kurz gefasst:

- Wir folgen in unserer Schulpolitik klaren Grundsätzen: mehr Selbstbestimmung, mehr Leistung, mehr soziale Gerechtigkeit.
- Wir stärken die Verantwortung der Eltern und wir geben den Schulen und Lehrern mehr Freiräume, damit die Schulen ein gutes pädagogisches Profil entwickeln.
- Wir setzen auf mehr individuelle Förderung und machen damit die Versetzung zum Regelfall.
- Wir setzen auf mehr Allgemeinbildung und eine bessere Studierfähigkeit der Abiturienten durch Wiedereinführung der Kernfächer, der einzelnen Naturwissenschaften und des Zentralabiturs.
- Die Hauptschulen sind keine „Restschulen“.

Kinder, Jugend und Familie

Rot-Grüne Hinterlassenschaften

- Geringe Vereinbarkeit von Familie und Beruf wegen zu geringer Betreuungsquote bei den Unter-Dreijährigen (derzeit unter 3%)
- Unzureichende Betreuungs- und Bildungsangebote in den Kindertagesstätten
- Unübersichtliche und in Teilen wenig effiziente Kinder- und Jugendförderung

Ist-Zustand nach einem Jahr „Schwarz-Gelb“/ Maßnahmen der Landesregierung

- Erhöhung der Betreuungsquote bei der Unter-Dreijährigen: Schaffung von 16.500 zusätzlichen Plätzen, jetzt insgesamt 55.500 Plätze
- Bündelung der Kinderbetreuung, der frühkindlichen Bildung und der Familienberatung in Familienzentren; an der Pilotphase nehmen 250 Kindertagesstätten bzw. mindestens eins in jedem der 178 Jugendamtsbezirke teil (bei rund 1000 Bewerbungen!)
- Keine Kürzungen bei der Kinder- und Jugendarbeit (75 Mio. Euro), zugleich Entbürokratisierung der Förderung und Umschichtung der Mittel (weniger Projektförderung, mehr Geld für die Träger)
- Im Bereich Kinder, Jugend, Bildung in 2006 261,7 Mio. Euro bzw. 2% mehr als in 2005
- Erhöhung der Mittel für die frühkindliche Sprachförderung in 2006 von 8,1 auf 17,6 Mio. Euro
- Im Vergleich zu 2001 ist die Kinderförderung um 158 Euro pro Kind auf insgesamt 1.487 Euro pro Kopf gestiegen.
- Bessere Betreuung durch mehr Ganztagsplätze in Grund- und Hauptschulen

Nächste Schritte

- Entbürokratisierung der Kindergartenförderung
- Verlässliche Förderung der Kinder- und Jugendarbeit auf hohem Niveau
- Flächendeckender Ausbau der Kindertagesstätten zu Familienzentren
- Bei U 3-Betreuung Quote von 20%
- Sprachtests im 4. Lebensjahr und verpflichtende Sprachkurse bei Defiziten

Kurz gefasst:

- Wir machen Nordrhein-Westfalen zum Land der Kinder und Familien.
- Jedes Kind hat Anspruch darauf, so früh wie möglich so individuell und umfassend wie möglich betreut zu werden.
- Alle Eltern haben Anspruch auf verlässliche Betreuungsangebote, damit sich Familie und Beruf besser vereinbaren lassen.
- Das Beherrschen der deutschen Sprache ist der Schlüssel für eine gute Integration und nachhaltige Chancen auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Dafür muss der Grundstein so früh wie möglich gelegt werden. Deshalb verdoppeln wir die Mittel für die vorschulische Sprachförderung.

Verwaltungsmodernisierung und Bürokratieabbau

Hinterlassenschaften von Rot-Grün

- Das Beauftragtenunwesen: 16 Landesbeauftragte (z.B. Mittelstandsbeauftragte, Gender-Beauftragter der Forstbehörden; Regierungsbeauftragter für den Öffentlichen Dienst)
- Das Sonderbehördenunwesen: Viele Doppelzuständigkeiten, Intransparenz der Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten
- Unübersichtliche Strukturen in der Mittelstands- und Gründerförderung
- Zahlreiche bürokratische Regelungen hemmen die Dynamik der Unternehmen

Ist-Zustand nach einem Jahr „Schwarz-Gelb“/ Maßnahmen der Landesregierung

Erste Schritte zur Zurückführung des Staates auf seine Kernaufgaben:

- 11 Versorgungsämter werden Anfang 2007 kommunalisiert bzw. einige Aufgaben auf die NRW.Bank übertragen
- Übertragung der Trägerschaft für den Emscher Landschaftspark und der Trägerschaft für die Route der Industriekultur sowie von Projekten der Projekt Ruhr
- Bündelung von Förderprogrammen für den Mittelstand und für Gründer bei der NRW.Bank als Landesförderbank

Erste Schritte zur Schaffung einer schlankeren und übersichtlicheren Verwaltung bzw. Abschaffung und Neuorganisation der Landessonderbehörden:

- 35 Ämter werden zum 1.1.2007 bis zur Neuordnung der Mittelbehörden als Außenstellen in die Bezirksregierungen eingegliedert (10 staatliche Umweltämter, 8 Ämter für Agrarordnung, 10 Staatliche Ämter für Arbeitsschutz, fünf Bergämter, die Landesanstalt für Arbeitsschutz, das Staatliche Amt für Umwelt- und Arbeitsschutz OWL)
- Das Landesamt für Ernährungswirtschaft und Jagd, das Landesumweltamt, die Landesanstalt für Ökologie, Bodenordnung und Forsten werden aus dem Geschäftsbereich des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz in Außenstellen der Bezirksregierungen übertragen; die verbleibenden Aufgaben werden in Zukunft nur noch in einer Behörde gebündelt
- Abschaffung 13 von 16 Landesbeauftragten
- Zusammenlegung der Oberfinanzdirektionen Köln und Düsseldorf zu einer OFD Rheinland
- Abschaffung des Landesjustizvollzugsamts in Wuppertal bis Ende 2007
- Abschaffung von zwei Polizeipräsidien (Fusion Mülheim a.d.R. und Essen, Leverkusen und Köln)
- Eingliederung des Landesinstituts für Qualifizierung in das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
- Schließung der Amtlichen Prüfstelle für Feuerlöschgeräte und Feuerlöschmittel in Münster

Maßnahmen zur Entbürokratisierung zu Gunsten der Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen:

- Ausweitung der Modellregion Bürokratieabbau OWL auf ganz NRW
- Reduzierung der Statistikpflichten für Unternehmen
- Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung des Tariftreuegesetzes
- Gesetz zur Abschaffung der Fehlbelegungsabgabe
- Entwurf des Standardbefreiungsgesetzes NRW
- Übertragung der Befugnis zur Planfeststellung der Bundesfernstraßen im Regierungsbezirk Detmold auf die Bezirksregierung Detmold.
- Bürokratieabbau und Konzentration im Bereich des Widerspruchsverfahrens

Kurz gefasst:

- Die Bürokratie hat sich zu einer Bremse für Wachstum und Innovationen entwickelt. Diese Bremse lösen wir. Dazu gehört der Abbau von Bürokratie, die unsere Unternehmen behindert. Und dazu gehört die Modernisierung der Verwaltungsstrukturen.
- Der Staat hat in der Vergangenheit zu Vieles an sich gezogen. Dadurch ist er fett und schwach geworden. Wir wollen den schlanken, aber starken Staat, mit transparenten Verantwortlichkeiten und effizienten Entscheidungsstrukturen.
- Der Staat muss sich auf die Aufgaben konzentrieren, die Private nicht besser wahrnehmen können. Im Mittelpunkt allen staatlichen Handelns muss der Bürger stehen. Entscheidungen müssen deshalb möglichst nah beim Bürger selbst getroffen werden.

Innere Sicherheit

Hinterlassenschaften von Rot-Grün

Unsere Polizeistrukturen sind nicht effizient genug. Es wird zu viel verwaltet und zu wenig gefahndet.

Ist-Zustand 2005

- Im vergangenen Jahr ist die Zahl der polizeilich erfassten Straftaten um 28.000 gegenüber 2004 gesunken (minus 1,5%)
 - Wohnungseinbrüche: minus 11% = der niedrigste Stand seit 20 Jahren
 - Autodiebstahl: minus 17% = der niedrigste Stand seit 40 Jahren, trotz viel mehr Autos
 - Ladendiebstahl: minus 8% = der niedrigste Stand seit 1989
- Aber: Es gibt eine zunehmende Zahl an Körperverletzungen (+5,8%) und eine zunehmende Gewaltbereitschaft bei Jugendlichen (54% aller gefährlichen oder schweren Körperverletzungen wurden von Minderjährigen begangen).

Maßnahmen der Landesregierung

Umfassende Polizeireform:

- Modernisierung der Binnenstruktur der Polizei: Reduzierung der Anzahl der Polizeiinspektionen von 188 auf 89 (ein einjähriger Modellversuch in den Kreisen Viersen, Soest und im Oberbergischen Kreis ist genehmigt)
- Straffung der äußeren Struktur der Polizei (z.B. Fusion der Polizeipräsidien Leverkusen/Köln sowie Mülheim/Essen)
- Stärkung der praktischen Polizeiarbeit durch Bürokratieabbau (z.B. Abschaffung des überbürokratischen Arbeitszeiterfassungssystems für Polizeibeamte)

Die Polizei soll mehr öffentliche Präsenz zeigen, deshalb u. a. Wiedereinführung von zwei Reiterstaffeln

Schwerpunkt bei jugendlichen Gewalttätern:

- Die Beamten suchen Mehrfachstraftäter zu Hause auf und erklären ihnen im Beisein der Eltern, welche Strafen sie zu erwarten haben. Beispielhaft sei hier die Polizei Mönchengladbach erwähnt: Polizei, Stadt und Staatsanwaltschaft arbeiten zusammen, um die Jugendkriminalität erfolgreich zu bekämpfen. Die Zahl der mehrfach kriminell gewordenen 14- bis 18-Jährigen ging daraufhin in Mönchengladbach stark zurück.
- Abbau des Vollstreckungsdefizits im Jugendarrest (Steigerung der Plätze um ein Drittel; zügige Überstellung in den Arrest nach Verurteilung)
- Neuordnung des Strafvollzugs für junge erwachsene Straftäter (bessere pädagogische Betreuung zwecks Resozialisierung)

Kurz gefasst:

- Wir wollen sicher leben in Nordrhein-Westfalen. In einer Zeit, in der sich unglaublich viel verändert, wächst das Bedürfnis der Menschen nach Sicherheit. Dem tragen wir Rechnung.
- Wir wollen eine ortsnahe und bürgernahe Polizei. Wir wollen, dass künftig wieder mehr Polizisten in den Polizeiwachen und Kommissariaten eingesetzt werden und wieder mehr gefahndet statt verwaltet wird.
- Die Polizei soll sich wieder auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können, d.h. auf Kriminalitätsbekämpfung, Gefahrenabwehr und das Vorbeugen vor Straftaten.